

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2026

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Parlament für 5 % des ESF+ gegen Kinderarmut und Schlussfolgerungen des EU-Rats	1
EU-Kommission stellt erste Strategie für Generationengerechtigkeit vor	1
EU-Kommission legt neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030 vor	1
EU-Parlament: Familien mit Kindern bis zu 24 Monate in Abschiebehaft oder Rückführungszentren	2
EU-Gipfel und EU-Parlament für Verbot von AI-Nudifiern	2
EU-Kommission: Maßnahmen zum Kinderschutz gegen Snapchat und Pornoseiten	2
EU-Parlament: Freiwillige Maßnahmen gegen sexuellen Kindesmissbrauch im Internet nicht verlängert	3
Erste Sitzung des Sonderausschusses für die Sicherheit von Kindern im Internet, Offener Brief	3
Europäische Garantie für Kinder: Umfrage, Arbeitsgruppentreffen und Konsultation	4
<i>Kurznachrichten: Berichte und Konsultation zur Wohnraumkrise</i>	<i>4</i>
Nachrichten aus den europäischen Staaten	4
Slowenien: sexueller Kindesmissbrauch kein Verbrechen?	4
Schweiz: Volksabstimmung entscheidet für die Individualbesteuerung von Ehegatten	5
Vereinigtes Königreich unternimmt erste Schritte für Altersgrenze bei sozialen Medien	5
<i>Kurznachrichten: Armutsstrategie, Rat für Armutsfragen, Familienbarometer, Gewalt im Alter</i>	<i>5</i>
Weitere Nachrichten	5
Singapurs Geburtenrate sinkt auf den historischen Tiefstand von 0,87	5
USA: Meta und Google verlieren Gerichtsverfahren wegen Suchtgefahr ihrer Produkte	6
UNICEF: über eine Million Kinder im Nahen Osten vertrieben, 1700 verletzt, 329 getötet	6
<i>Kurznachrichten: Kinderpornografie, Fall Epstein, Privatsphäre, ISO-Norm, Gleichstellung Arbeitsmarkt</i>	<i>6</i>
Berichte und Studien	6
UNICEF: Finanztechnologien und Kinder	6
UNICEF, Cambridge University, COFACE: Berichte zu Kindern und Familien in einer Welt der KI	7
EU FRA/EIGE, IHME: Studien zu gender-basierter Gewalt	7
UNICEF: Fortschritt bei der Kindersterblichkeit verlangsamt sich	8
UNESCO-Weltbildungsbericht: Zahl der nicht beschulten Kinder und Jugendlichen steigt	8
<i>Kurznachricht: Weltglücksbericht 2026 mit Schwerpunkt soziale Medien</i>	<i>8</i>
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Parlament für 5 % des ESF+ gegen Kinderarmut und Schlussfolgerungen des EU-Rats

Das Parlament fordert in einer Entschließung zu den beschäftigungspolitischen und sozialen Prioritäten für 2026 eine stärkere Einbindung sozialer Ziele in den Kern der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU. So soll die europäische Säule sozialer Rechte vollständig umgesetzt werden. Deren Aktionspläne sollen als Maßstäbe für die Bewertungen im Rahmen des Europäischen Semesters dienen. Nach Ansicht des Parlaments sollte für die Europäische Garantie für Kinder ein eigenes Budget von mindestens 20 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Die Mitgliedstaaten sollten mindestens 5 % der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds+ (ESF+) für die Bekämpfung von Kinderarmut und die Förderung des Wohlergehens von Kindern bereitstellen. Länder, in denen Kinderarmut und soziale Ausgrenzung über dem EU-Durchschnitt liegen, sollten mindestens 10 % bewilligen.

Auch der Rat der Europäischen Union fordert eine angemessene Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut, unter anderem durch Förderprogramme der EU. In seinen neuen Schlussfolgerungen zur Investition in Kinder weist der Ministerrat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) darauf hin, dass die Weitergabe von Benachteiligungen in der Kindheit ins Erwachsenenalter gesellschaftliche Kosten verursacht. Diese beliefen sich Schätzungen zufolge jährlich auf 3,4 % des BIP (OECD). Die Fortschritte bei der Erreichung der EU-Ziele zur Bekämpfung der Armut und der Kinderarmut bis 2030 sollen beschleunigt werden. Die Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder sei je nach den nationalen Herausforderungen zu verstärken. Maßnahmen zur Förderung des Wohlergehens von Kindern und ihren Familien seien angemessen zu finanzieren.

- [Parliament's economic, employment and social priorities for 2026](#) 
- [EU-Rat: Schlussfolgerungen zu Investitionen in Kinder - Stärkung des Wohlergehens von Kindern](#) 
- [OECD: The Economic Costs of Childhood Socio-Economic Disadvantage](#)  

EU-Kommission stellt erste Strategie für Generationengerechtigkeit vor

Die Europäische Kommission hat ihre erste Strategie für Generationengerechtigkeit angenommen, um das langfristige Denken in der Politikgestaltung der EU weiterzuentwickeln und gleichzeitig den Perspektiven und Anliegen junger Menschen ein größeres Gewicht zu verleihen. Das übergeordnete Ziel der EU bestehe hierbei darin, bei aktuellen Entscheidungen immer auch die Zukunft im Blick zu haben und dafür zu sorgen, dass das Verhältnis zwischen Vorteilen und Belastungen für alle Generationen gerecht bleibt. In der Strategie sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen, darunter: ein Index für die Generationengerechtigkeit; ein mehrsprachiges Paket für eine zukunftsorientierte Politikgestaltung; die Organisation eines Demografieforums; sowie die Initiative „Stimmen der Zukunft“, die das Engagement lokaler und regionaler Gebietskörperschaften für die Zukunftsgestaltung in ihren Regionen verstärken soll.

- [EU-Kommission: Strategie für Generationengerechtigkeit](#) (dort der Link „Mitteilung“)

EU-Kommission legt neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030 vor

Im Vorfeld des Internationalen Tags der Frauen am 8. März hat die Europäische Kommission ihre aktualisierte Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030 vorgelegt. Die Strategie soll die Gleichstellung der

Geschlechter in allen Lebensbereichen verankern, online wie offline. Ihre wichtigsten Handlungsfelder sind: die kontinuierliche Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt – vor allem von Cybergewalt; die Verbesserung der Qualität und Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung für Frauen durch eine gemeinsame Initiative mit der Weltgesundheitsorganisation; die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in allen Wirtschaftsbereichen; die Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefälles; die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Gleichstellung in der Pflegearbeit; gute Bildung; Maßnahmen zur Unterstützung der gleichberechtigten und sicheren Teilhabe von Frauen an der Politik; die weitere Förderung der Gleichstellung der Geschlechter auf globaler Ebene; sowie institutionelle Mechanismen einschließlich der Einbeziehung von Männern und Jungen in die Anstrengungen für die Gleichstellung der Geschlechter.

- [EU-Kommission: Gender Equality Strategy 2026-2030](#) 

EU-Parlament: Familien mit Kindern bis zu 24 Monate in Abschiebehaft oder Rückführungszentren

Das Europäische Parlament hat am 26. März einen verschärften Entwurf der EU-Rückführungsverordnung angenommen, der es unter anderem ermöglicht, Minderjährige und Familien mit Kindern für bis zu 24 Monate in Abschiebehaft zu nehmen oder sie in Rückführungszentren außerhalb der EU zu verbringen. Mehrere Minderheitenvoten sehen darin einen Verstoß gegen Grundrechte im EU-Recht und Völkerrecht. Die EU-Kommission hatte entsprechende Ausnahmen vorgesehen. Darüber hinaus sieht der vom EU-Parlament angenommene Entwurf keine Prüfung des Kindeswohls vor, bevor eine Rückführungsentscheidung erlassen oder vollstreckt wird. Die Mehrheit kam mit Stimmen der EVP, der EKR, der Patrioten und des ESN zustande. Über den Gesetzentwurf wird das Parlament nun mit dem EU-Rat und der EU-Kommission im Trilog verhandeln.

- [EU-Parlament: Rückführungsverordnung – Abgeordnete bereit für Verhandlungen](#)

EU-Gipfel und EU-Parlament für Verbot von AI-Nudifiern

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hat sich auf seinem Gipfel am 19. März in seinen Schlussfolgerungen dafür ausgesprochen, solche Systeme der künstlichen Intelligenz (KI) zu verbieten, die eine nicht einvernehmliche Erstellung von intimen Bildern sowie Darstellungen von sexuellem Kindesmissbrauch zulassen. Außerdem sollen KI-generierte Inhalte gekennzeichnet werden. Für den Zugang zu sozialen Medien soll ein digitales Volljährigkeitsalter unterstützt werden, wobei die Privatsphäre der Nutzer:innen zu wahren und die nationalen Zuständigkeiten zu achten seien.

Das Europäische Parlament hat nach einer entsprechenden gemeinsamen Empfehlung der Ausschüsse für Binnenmarkt und für bürgerliche Freiheiten eine Vereinfachung der Vorschriften zur künstlichen Intelligenz sowie ein Verbot von „Nudifier“-Systemen beschlossen. Nunmehr können Verhandlungen mit dem Ministerrat über die endgültige Ausgestaltung des Gesetzes beginnen.

- [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 19. März 2026](#) 
- [EU-Parlament: Künstliche Intelligenz – Parlament für Verbot von „Nudifier“-Systemen](#)

EU-Kommission: Maßnahmen zum Kinderschutz gegen Snapchat und Pornoseiten

Die Europäische Kommission hat ein förmliches Verfahren eingeleitet, um die Einhaltung der Kinderschutzvorschriften des Gesetzes über digitale Dienste (DSA) durch Snapchat zu untersuchen. Möglicherweise hat Snapchat gegen das Gesetz über digitale Dienste verstoßen, weil es Minderjährige der Gefahr aussetzt, dass Kontaktaufnahmen zu Missbrauchszwecken stattfinden und Kinder für kriminelle Zwecke

angeworben werden, aber auch dass sie Informationen über den Verkauf illegaler Waren wie Drogen oder altersbeschränkter Produkte wie z. B. E-Zigaretten (Vapes) und Alkohol erhalten. Darüber hinaus hat die Kommission den Verdacht, dass sich Snapchat bei der Altersfeststellung nur auf Eigenerklärungen stützt, und meint, dass dies nicht ausreichend ist.

Außerdem hat die Kommission vorläufig festgestellt, dass die Portale Pornhub, Stripchat, XNXX und XVideos gegen das Gesetz über digitale Dienste (DSA) verstoßen, weil sie Minderjährige nicht vor pornografischen Inhalten schützen. Die vorläufigen Feststellungen der Kommission deuten darauf hin, dass Pornhub, Stripchat, XNXX und XVideos die Risiken, die ihren Plattformen innewohnenden Risiken für Minderjährige, die auf ihre Dienste zugreifen, nicht sorgfältig ermittelt und bewertet haben.

- [Kommission untersucht Einhaltung der Kinderschutzvorschriften des DSA durch Snapchat](#)
- [EU-Kommission: Vorläufige Feststellung - Pornhub, Stripchat, XNXX und XVideos](#)

EU-Parlament: Freiwillige Maßnahmen gegen sexuellen Kindesmissbrauch im Internet nicht verlängert

Das Europäische Parlament hat am 26. März eine Verlängerung der Ausnahmeregelung abgelehnt, die es Diensteanbietern ermöglicht, sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet freiwillig aufzudecken. Mit der vorgeschlagenen Verlängerung sollten befristete Maßnahmen über den 3. April hinaus fortgesetzt werden, während die Verhandlungen über einen langfristigen Rechtsrahmen zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet fortgesetzt werden (CSA-R). Der am 11. März 2026 verabschiedete Standpunkt des Parlaments befürwortete allerdings eine Verlängerung der Maßnahmen um einen kürzeren Zeitraum (bis August 2027) und einen engeren Anwendungsbereich, um die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen sicherzustellen. Die Verhandlungen mit dem EU-Rat über den Vorschlag der Kommission führten nicht zu einer Einigung. Die Übergangsbestimmung läuft nun nach dem 3. April 2026 aus.

- [EU-Parlament: Sexueller Kindesmissbrauch im Internet – Freiwillige Maßnahmen nicht verlängert](#)

Erste Sitzung des Sonderausschusses für die Sicherheit von Kindern im Internet, Offener Brief

Die in der Rede zur Lage der Union 2025 angekündigte Expertengruppe der EU-Kommission soll Empfehlungen zum besseren Schutz und zur Stärkung der Kinder im Internet aussprechen und die Notwendigkeit möglicher harmonisierter Altersbeschränkungen für den Zugang zu sozialen Medien prüfen. Bei der ersten Sitzung, an der auch COFACE Families Europe teilnahm, wurden die aktuellen Erkenntnisse zu den Risiken und Vorteilen der Nutzung sozialer Medien und anderer Online-Aktivitäten durch Kinder, wie beispielsweise Gaming, Messaging-Apps oder künstliche Intelligenz, erörtert. Die Teilnehmer:innen konzentrierten sich auf die Verantwortung von Technologieunternehmen, und die Diskussionen drehten sich um mehrere Themen, darunter altersgerechte Sicherheit durch Design, suchterzeugende Funktionen und Algorithmen sowie digitale Kompetenz für Kinder, ihre Eltern und Lehrer:innen. Der Sonderausschuss beabsichtigt, der Kommissionspräsidentin bis zum Sommer Empfehlungen vorzulegen.

COFACE und weitere 45 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter die 5Rights Foundation und Save the Children, unterzeichneten anlässlich des fünften Jahrestags der Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 der UN-Kinderrechtskonvention einen gemeinsamen Brief, in dem sie Regierungen, Regulierungsbehörden und Gesetzgeber weltweit aufforderten, Unternehmen dafür zur Verantwortung zu ziehen, dass Technologien, die Kinder betreffen, von Grund auf und standardmäßig kinderrechtskonform und altersgerecht gestaltet werden. Die Allgemeine Bemerkung Nr. 25 sei eindeutig: Diese Verantwortung liegt bei den Technologieunternehmen. Die

Staaten müssten sicherstellen, dass Unternehmen dieser Pflicht nachkommen, und die Unternehmen müssten negative Auswirkungen proaktiv im Vorfeld erkennen und mindern sowie Datenschutz und Sicherheit von vornherein in ihre Produkte integrieren.

- [EU-Kommission hält erste Sitzung des Sonderausschusses für die Sicherheit von Kindern im Internet ab](#)
- [46 Organisationen: Five years on, tech companies are still failing children's rights online](#) 

Europäische Garantie für Kinder: Umfrage, Arbeitsgruppentreffen und Konsultation

Die Europäische Kommission hat eine Umfrage unter Kindern zur Europäischen Garantie für Kinder durchgeführt. Sie erhielt über 41.000 Antworten aus allen Mitgliedstaaten. Zwar wussten viele Kinder, dass es entsprechende Angebote für sie gibt, doch sei der Zugang zu ihnen nicht immer für alle gleich, und gleiche Rechte führten im Alltag nicht immer zu gleichen Chancen. Die Umfrage befasst sich unter anderem damit, wie Kinder Armut und soziale Inklusion beschreiben, was sie sich wünschen und was sie brauchen. Die Ergebnisse wurden auf der 24. Sitzung der nationalen Koordinator:innen für die Garantie für Kinder vorgestellt.

Die entsprechende Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments erörterte, wie die Garantie für Kinder wirksamer gestaltet werden kann. Der zyprische Ratsvorsitz legte seine Prioritäten im EU-Rat in Bezug auf die Garantie für Kinder und das Wohlergehen von Kindern dar und hob dabei nationale Steuerungsmechanismen sowie Beispiele für bewährte Verfahren hervor, die eine erfolgreiche Umsetzung unterstützen können. Vertreter von Early Childhood Ireland und COFACE betonten die Bedeutung kindzentrierter, integrierter Ansätze, die Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Familienpolitik umfassen und einen starken Fokus auf die frühe Kindheit und Prävention legen.

Die EU-Kommission plant, Maßnahmen zur Stärkung der Europäischen Garantie für Kinder vorzuschlagen, indem sie deren Umsetzung auf nationaler und lokaler Ebene unterstützt und den Zugang zu wichtigen Dienstleistungen für bedürftige Kinder verbessert. Die Kommission hat einen Aufruf zur Einreichung von Erkenntnissen gestartet, um die Standpunkte von Bürger:innen, Behörden und Interessengruppen einzuholen.

- [EU Children's Participation Platform: Survey on the European Child Guarantee](#)  
- [EU-Kommission: Sondierung zur Stärkung der Europäischen Garantie für Kinder](#)

Kurznachrichten: Berichte und Konsultation zur Wohnraumkrise

- Das EU-Parlament hat den [Bericht zur Wohnraumkrise mit den im Februar beschlossenen Empfehlungen angenommen](#) (s. AGF-EuropaNews 2/26).
- Die Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur vergleicht in ihrem [Bericht "Youth access to affordable and quality housing"](#) den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum in 34 europäischen Ländern.
- Die EU-Kommission hat eine [Sondierung zur Folgenabschätzung für die Richtlinie zu bezahlbarem Wohnraum](#) gestartet (läuft nur noch bis zum 3. April!).

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Slowenien: sexueller Kindesmissbrauch kein Verbrechen?

Slowenien habe die Richtlinie gegen sexuellen Kindesmissbrauch (2011/93/EU) nicht korrekt umgesetzt, so die Kritik der Europäischen Kommission. Die Regeln zur Qualifizierung von sexuellem Kindesmissbrauch als Straftat seien nicht korrekt in das nationale Recht überführt worden, und die Rechtsprechung werde Bedingungen

unterworfen, die nicht mit den Verpflichtungen aus der Richtlinie vereinbar seien. Deshalb hat die EU-Kommission Slowenien eine begründete Stellungnahme geschickt, so dass Slowenien nun zwei Monate Zeit hat, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und zu antworten. Anderenfalls kann die Kommission Slowenien verklagen.

Schweiz: Volksabstimmung entscheidet für die Individualbesteuerung von Ehegatten

In einer Volksabstimmung am Internationalen Frauentag haben die Schweizer:innen das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung angenommen, mit 54,23 % Ja-Stimmen gegen 45,77 % Nein-Stimmen (bei einer Stimmbeteiligung von 55,6 %). Dadurch werden die bisherige gemeinsame steuerliche Veranlagung von Ehepaaren sowie die unterschiedliche Behandlung von verheirateten und unverheirateten Paaren beendet. Für die Individualbesteuerung wurde im Wesentlichen mit der anzustrebenden finanziellen Unabhängigkeit von Frauen und gleichstellungspolitischen Positionen argumentiert. Außerdem soll die Individualbesteuerung zu einer höheren Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt führen. Die Steuerverwaltung erwartet einen Beschäftigungseffekt in Höhe von 10.000 bis 44.000 Vollzeitstellen. Da für Ehepaare mit Kindern durch die Individualbesteuerung eine höhere Steuerlast erwartet wird, wurde in der Gesetzesvorlage der Kinderabzug erhöht. Zudem wurde dort eine Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen sowie eine stärkere Belastung höherer Einkommen vorgesehen.

Vereinigtes Königreich unternimmt erste Schritte für Altersgrenze bei sozialen Medien

Eine von der Regierung gestartete Konsultation prüft die Einführung eines landesweiten Mindestalters für die Nutzung sozialer Medien, KI-Chatbots und Gaming-Websites. Außerdem soll untersucht werden, welches Alter für die Zugangsbeschränkung gewählt werden könnte. Die Konsultation läuft bis zum 26. Mai.

Kurznachrichten: Armutsstrategie, Rat für Armutsfragen, Familienbarometer, Gewalt im Alter

- Luxemburg hat seinen ersten Nationalen Plan gegen Rassismus vorgelegt, mit 23 Zielen und 128 Aktionen.
- Der Rat für Armutsfragen in der Schweiz nimmt Form an: Seine Mitglieder sind nun bekannt. Die meisten von ihnen haben Armutserfahrung.
- Was bewegt Familien in der Schweiz? Damit befasst sich das Schweizer Familienbarometer 2026 von Pro Familia Schweiz und Pax.
- Schweiz: Impulsprogramm für mehr Prävention und Früherkennung von Gewalt im Alter verabschiedet.

Weitere Nachrichten

Singapurs Geburtenrate sinkt auf den historischen Tiefstand von 0,87

Mit Blick auf den deutlichen Rückgang der Gesamtfertilitätsrate von 1,24 vor einem Jahrzehnt sagte der stellvertretende Premierminister Gan Kim Yong, dass niedrige Geburtenraten und eine alternde Bevölkerung Singapurs Gesellschaft und Wirtschaft in den kommenden Jahren grundlegend verändern würden. Singapur müsse in drei Bereichen neue Wege beschreiten – wie Ehe und Elternschaft gesehen und unterstützt werden, wie sich Arbeitsplätze weiterentwickeln können, um Beruf und Familie besser in Einklang zu bringen, und wie jede:r einen Beitrag leisten kann, sagte die Ministerin im Amt des Premierministers, Indranee Rajah.

USA: Meta und Google verlieren Gerichtsverfahren wegen Suchtgefahr ihrer Produkte

Das Urteil besagt, dass Meta (WhatsApp, Facebook) und Google (YouTube) ihre Nutzer:innen nicht ausreichend über das Suchtpotential informiert haben und daher für die Suchtgefahr ihrer Online-Plattformen haftbar gemacht werden können. Eine junge Frau warf den Online-Plattformen in einer Klage vor, deren Dienste machten süchtig. Das Geschworenengericht in Los Angeles sprach ihnen einen Millionenbetrag zu. Google und Meta kündigten an, gegen das Urteil in Berufung zu gehen. Es sollen 3000 ähnliche Verfahren anhängig sein.

- [Legal Tribune Online: Meta und Google informieren nicht genug über Suchtpotential](#)

UNICEF: über eine Million Kinder im Nahen Osten vertrieben, 1700 verletzt, 329 getötet

UNICEF hat darauf hingewiesen, dass etwa 1,2 Millionen Kinder durch den erneuten Krieg im Nahen Osten vertrieben worden seien. Mehr als 1700 Kinder seien verletzt worden, und es gebe 329 berichtete Todesfälle im Iran, im Libanon, in Israel und in Kuwait. Es sei zu erwarten, dass diese Zahlen steigen. UNICEF fordert einen sofortigen Waffenstillstand, den Schutz von Zivilist:innen und zivilen Einrichtungen gemäß dem Völkerrecht, einen sicheren und unbeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe sowie dringende finanzielle Unterstützung für diese Hilfe.

- [Remarks by UNICEF Deputy Executive Director, Ted Chaiban, on the Middle East](#) (23. März) 

Kurznachrichten: Kinderpornografie, Fall Epstein, Privatsphäre, ISO-Norm, Gleichstellung Arbeitsmarkt

- Europol und 23 Staaten legen nach langen Ermittlungen ein internationales Netzwerk im Darknet still und schalten über 373.000 Seiten mit sexualisierter Gewalt gegen Kinder ab.
- 11 Kinderschutzorganisationen, darunter ECPAT, Eurochild und Child Helpline, verdammen ein systematisches Versagen im Fall Epstein, das Macht über Gerechtigkeit und Täter über Opfer stellt.
- Die ISO (Internationale Organisation für Normung) stellt erste globale Norm für kinderfreundliche Dienste für die Unterstützung von Opfern von Gewalt vor. An der Erstellung war u. a. UNICEF beteiligt.
- COFACE hat Empfehlungen zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt veröffentlicht.

Berichte und Studien

UNICEF: Finanztechnologien und Kinder

Digitale Konten haben Sparschweine abgelöst. Junge Nutzer:innen sind mit spielerisch gestalteten Ausgabeanwendungen, spekulativen Funktionen und ausbeuterischen Anreizen konfrontiert. Die neue Studie von UNICEF untersucht das aktuelle Fintech-Ökosystem und die entsprechenden Steuerungsmechanismen, um Lücken in Richtlinien und Standards aufzuzeigen, die Kinder und Jugendliche nicht als aktive Teilnehmer:innen am digitalen Finanzwesen berücksichtigen.

- [UNICEF: Financial technology and children](#) 

UNICEF, Cambridge University, COFACE: Berichte zu Kindern und Familien in einer Welt der KI

UNICEF Innocenti berichtet darüber, wie Kinder mit künstlicher Intelligenz (KI) umgehen und Fähigkeiten für eine Welt der KI entwickeln. Eine Literaturrecherche und zwei Expertenbefragungen führten zu vier Erkenntnissen:

1) Kinder setzen sich auf immer vielfältigere Weise mit KI auseinander. 2) Die Sicherheit und Privatsphäre von Kindern werden vernachlässigt. 3) Die Stimmen der Kinder finden bei der Gestaltung und Regulierung von KI keinen Niederschlag. 4) Der Einsatz von KI findet in von großer Ungleichheit geprägten Kontexten statt.

Forscher:innen der Universität Cambridge fordern strengere Vorschriften für KI-gestütztes Spielzeug für Kleinkinder, nachdem sie einen der weltweit ersten Tests durchgeführt haben, um zu untersuchen, wie Kinder unter fünf Jahren mit dieser Technologie interagieren. Die Studie untersuchte, wie eine kleine Gruppe von Kindern im Alter von drei bis fünf Jahren mit einem Kuscheltier namens Gabbo interagierte. Die Ergebnisse zeigen, dass KI-Spielzeug für Kinder Emotionen oft falsch interpretiert und unangemessen reagiert.

COFACE Families Europe und KMOP berichten aus Athen von ihrer gemeinsamen internationalen Expertentagung: Der Begriff „künstliche Intelligenz“ werde häufig als Sammelbegriff verwendet, wodurch alle KI-Systeme mit denselben Risiken gleichgesetzt werden. Teilnehmer:innen forderten die Technologiebranche nachdrücklich auf, bei ihren Produkten und Plattformen eine ordnungsgemäße Altersüberprüfung durchzuführen und die in Europa geltenden gesellschaftlichen Standards für Kinder unter 13 Jahren sowie für 13- bis 15-Jährige umzusetzen. Das EU-KI-Gesetz enthalte Schutzmaßnahmen für Minderjährige im Internet, wie beispielsweise das Verbot von KI-Systemen, die altersbedingte Schwachstellen ausnutzen (Artikel 5). Es bestünden jedoch nach wie vor viele regulatorische Lücken, die Familien betreffen, wie zum Beispiel das Fehlen eines klaren Verbots von „Nudifying Tools“. Ein neuer Vorschlag der Europäischen Kommission (bekannt als „Digital Omnibus“) gefährde die Menschenrechte, einschließlich der Kinderrechte, indem er vorschlägt, Transparenzgarantien für risikoreiche KI-Systeme aufzuheben. Es sei jedoch nicht möglich, den Schutz von Minderjährigen im digitalen Umfeld zu einer politischen Priorität der EU zu machen und über Verbote von sozialen Medien zu sprechen, während gleichzeitig die Regulierung von KI versäumt und die Umsetzung wirksamer Schutzmaßnahmen verzögert werde.

- [UNICEF: Skills for an AI world – Where we stand today](#) 
- [COFACE: Families in the age of Artificial Intelligence - rights, inclusion and empowerment](#) 

EU FRA/EIGE, IHME: Studien zu gender-basierter Gewalt

Ein neuer gemeinsamer Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) und des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) präsentiert detaillierte Ergebnisse einer EU-Umfrage zu geschlechtsspezifischer Gewalt. Der Bericht verfolgt die Trends der letzten zehn Jahre in der gesamten EU. Die Erhebung basiert auf über 100.000 Befragungen in allen 27 EU-Mitgliedstaaten. Die Ergebnisse zeigen, dass 10,7 % der Frauen in der EU körperliche Gewalt durch ihre Partner erlebt haben. Sogar 30,7 % der Frauen in der EU haben körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt.

Das Institute for Health Metrics and Evaluation (IHME) an der University of Washington hat eine neue Studie zu den gesundheitlichen Folgen der Gewalt von Intimpartnern in 204 Ländern vorgelegt. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 608 Millionen Frauen im Alter von 15 Jahren und älter bereits einmal Gewalt durch einen Intimpartner ausgesetzt waren (Stand 2023). Sogar 1,01 Milliarden Personen im Alter von 15 Jahren und älter hatten in ihrer Kindheit sexuelle Gewalt erlebt.

- [EU FRA, EIGE: EU gender-based violence survey – Evidence for policy and practice](#) 
- [Disease burden attributable to intimate partner violence against females and sexual violence](#) 

UNICEF: Fortschritt bei der Kindersterblichkeit verlangsamt sich

Im Jahr 2024 haben es weltweit 4,9 Millionen Kinder nicht bis zu ihrem fünften Lebensjahr geschafft. Im Vorjahr waren es 5,0 Millionen. Bei der darin eingeschlossenen Zahl der gestorbenen Neugeborenen (2,3 Millionen) ist gegenüber dem Vorjahr sogar eine Stagnation eingetreten. Die Trends sind damit zunehmend weniger auf dem Weg, bis 2030 die entsprechenden Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen zu erreichen.

- [UNICEF: Levels and trends in child mortality](#) 

UNESCO-Weltbildungsbericht: Zahl der nicht beschulten Kinder und Jugendlichen steigt

273 Millionen Kinder und Jugendliche weltweit – ein Sechstel – sind ohne Zugang zum Schulbesuch. Diese Zahl steigt, obwohl auch die Zahl der Einschulungen steigt. Der UNESCO-Weltbildungsbericht prüft die Fortschritte auf dem Weg zu den Bildungszielen für 2030. So werde das Ziel, dass 95 % der der Schüler:innen die Sekundarstufe abschließen sollen, mit den gegenwärtigen Trends erst im Jahre 2105 erreicht.

- [UNESCO: Global Education Monitoring Report 2026](#) 

Kurznachricht: Weltglücksbericht 2026 mit Schwerpunkt soziale Medien

- Zum Weltglückstag ist der [World Happiness Report 2026](#) mit einem Schwerpunkt zur Nutzung sozialer Medien erschienen (University of Oxford, Gallup, UN SDSN).

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
19.-25. April 2026	Europäische Impfwoche: Impfungen wirken in jeder Generation (24.-30. April 2026: World Immunization Week)	Weltgesundheitsorganisation (WHO)/Europa
22. April 2026, Washington, DC	Protection Is Prevention: New Insights on Reducing Child Maltreatment Fatalities	American Enterprise Institute (AEI)
22. April bis 20. Mai, wöchentlich, online	The GUIDE Guardianship Talks: Strengthening protection systems for unaccompanied children in Europe (webinar series)	Eurochild
28. Mai 2026, online	Energy poverty and housing in Europe – Does the EU's evolving policy framework address current needs?	Euractiv mit Unterstützung von LOCATEE
28.-30. Mai 2026, Brüssel	2026 ICCFR Conference: "Bridging Cultures, Building Families: Exploring the Dynamics of Multicultural Families"	International Commission on Couple and Family Relations
16.-17. Juni 2026, Paphos, Zypern	Eurochild Conference 2026 on Child Protection Systems	Eurochild
16.-18. Juni 2026,	3rd World Congress for Age-friendly Cities and Communities	Königreich Spanien,

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
Donostia/San Sebastián		Autonome Gemeinschaft Baskenland und WHO
24. Juni 2026, online	Choosing inclusive education pathways for your child: communication and empowerment tools for parents and carers (breakfast byte webinar)	COFACE Disability Plattform
1. Oktober 2026	Daphne-CHILD High-level Conference (save the date)	Eurochild und Terre des Hommes

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend